

# Die öffentliche Meinung

Thomas Petersen

Selten ist ein Ereignis der europäischen Politik von den deutschen Massenmedien so euphorisch aufgenommen worden wie die Einigung der 27 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union am 23. Juni in Brüssel auf den Rahmen für einen neuen EU-Vertrag. Vor allem die Rolle von Bundeskanzlerin Merkel wurde von vielen Medien außerordentlich positiv gewürdigt. Die Hamburger Morgenpost titelte in ihrer Internet-Ausgabe „Merkel führt EU aus zweijähriger Krise“,<sup>1</sup> die Berliner Zeitung „B.Z.“ schrieb von der „Nacht, als Angela Merkel Europa rettete“,<sup>2</sup> die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung formulierte etwas poetischer aber nicht weniger enthusiastisch von der „langen Reise ans Ende der europäischen Nacht“,<sup>3</sup> Die Bild-Zeitung und die Tageszeitung „Die Welt“ verliehen der Bundeskanzlerin übereinstimmend den Titel „Miss Europa“.<sup>4</sup> Es ist nicht überraschend, dass die Popularität Merkels im darauf folgenden Monat außerordentlich hohe Werte erreichte, obwohl die Bevölkerung von der Politik der Großen Koalition in Berlin sonst keineswegs uneingeschränkt überzeugt ist.<sup>5</sup> Aber wie viele Deutsche haben wohl verstanden oder auch nur einigermaßen aufmerksam verfolgt, was am 23. Juni und in den Tagen davor verhandelt und schließlich beschlossen wurde? Dass der Beschluss von Brüssel nicht nur außerordentlich kompliziert ist, sondern auch in vielerlei Hinsicht gemessen an den ursprünglich formulierten Zielen der deutschen Ratspräsidentschaft<sup>6</sup> als problematisch betrachtet werden kann, ging unter, es hätte die Deutschen auch kaum interessiert.

## Zunehmendes Desinteresse

Bereits seit einigen Jahren mehren sich die Zeichen dafür, dass sich die ursprünglich außerordentlich positive Einstellung der Deutschen zur Europäischen Integration zunehmend in eine weitgehend desinteressierte, beinahe abwehrende Haltung verwandelt hat.<sup>7</sup> So überwiegt seit der Deutschen Einheit fast ununterbrochen der Anteil derjenigen, die auf die Frage „Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem vereinten Europa sein, schneller, langsamer oder weiter wie bisher?“ antworten, es möge doch langsamer gehen. Selbst die Stagnation des Einigungsprozesses seit den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005 hat nicht dazu geführt, dass der Anteil derjenigen, die sich eine Überwindung der Lähmung wünschten, auf mehr als ein Fünftel der Bevölkerung stieg.

---

1 Hamburger Morgenpost, 24.06.2007.

2 B. Z., 24.06.2007.

3 Hoischen, Oliver: Die lange Reise ans Ende der Europäischen Nacht, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 24.06.2007, S. 2-3.

4 So bezwang Miss Europa die polnischen Giftzwerge, in: Bild.de, 24.06.2007; Stehender Applaus für „Miss Europa“, in: Welt Online, 27.06.2007.

5 Vgl. Köcher, Renate: Im politischen Niemandsland. Die SPD ist weder kritische Opposition noch kraftvolle Regierungspartei, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.08.2007, S. 5.

6 Vgl. hierzu Göler, Daniel/Mathias Jopp: Kann Europa gelingen? Vorhaben und Chancen der deutschen Ratspräsidentschaft, in: integration 30, 1/2007, S. 3-24.

7 Vgl. Petersen, Thomas: Die öffentliche Meinung, in: Weidenfeld, Werner/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2006, Baden-Baden 2006, S. 305-310.

Schaubild 1

**Trotz der Stagnation des Integrationsprozesses seit 2005 überwiegt noch immer der Wunsch nach einem langsameren Tempo der Europäischen Einigung**

Frage: „Wie rasch sollte die Entwicklung zu einem vereinten Europa sein? Schneller oder langsamer oder weiter wie bisher?“



An: 100 fehlende Prozent; „Weiter wie bisher“ oder Unentschieden  
 Quelle: Allensbacher Archiv, 20-Umfragen, zuletzt 10005, Mai/Juni 2007.

In den 70er und 80er Jahren hatte die Mehrheit stets ein höheres Tempo der europäischen Integration gefordert.<sup>8</sup> Das bedeutet nicht, dass die Deutschen sich zu grundsätzlichen Gegnern der Europäischen Union entwickelt hätten, aber die Integrations Schritte der letzten Jahre, allen voran die Einführung des Euro, die Osterweiterung und die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, fanden gegen den Willen der Mehrheit in der Bevölkerung statt. Die Einigung an sich wird nicht in Frage gestellt, wohl aber die Richtung, in die sich die Gemeinschaft bewegt.

Zu dieser Entwicklung kommt in jüngster Zeit noch ein weiterer Faktor hinzu, der das geringe Interesse an Fragen der Europapolitik zusätzlich befördert, nämlich ein wachsendes Unbehagen an wesentlichen außenpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre. Erkennbar wird dies an den Antworten auf die Frage „Sollte Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernehmen, oder sollten wir uns da zurückhalten?“ Im Januar 2007 sagen 30 Prozent der Befragten, Deutschland sollte mehr Verantwortung übernehmen, eine deutliche Mehrheit von 52 Prozent meint: „Wir sollten uns eher zurückhalten“. Das ist der

8 Noelle-Neumann, Elisabeth /Thomas Petersen: Die Bürger in Deutschland, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europa-Handbuch. Gütersloh 2002, S. 618-635, hier S. 626-627.

höchste Wert seit 1992, als 55 Prozent diese Position vertraten, Zwischenzeitlich, im Jahr 2002, waren es nur 29 Prozent.<sup>9</sup> Man muss sich das politische Klima vom Anfang der 1990er Jahre in Erinnerung rufen, um die Bedeutung dieses Ergebnisses zu erkennen. Damals galt Zurückhaltung als oberste Regel jeder deutschen Außenpolitik. Ein Auslandseinsatz der Bundeswehr schien undenkbar zu sein, ein Tabubruch. Erst langsam gewöhnte sich die Bevölkerung an den Gedanken, dass von einem vereinten und souveränen Deutschland auch ein entsprechender Beitrag zur Lösung internationaler Konflikte erwartet wird. Wenn heute der Anteil derjenigen, die Zurückhaltung in der Außenpolitik anmahnen, auf das Niveau dieser Jahre zurückfällt, dann ist das ein Zeichen dafür, dass ein wesentlicher Teil der Bevölkerung die Vielzahl der deutschen Aktivitäten im Ausland – im Kosovo, in Bosnien, in Afghanistan, am Horn von Afrika, im Kongo – mit ihren oft unabsehbaren Folgen als Überforderung empfindet.

Man kann es als Reflex auf diese Entwicklung ansehen, dass in der Bevölkerung der Wunsch zunimmt, sich von außenpolitischen Fragen zurückzuziehen. Auf die Frage, mit welchen Ländern Deutschland möglichst eng zusammenarbeiten sollte, antworten die Befragten heute deutlich zurückhaltender als noch vor wenigen Jahren, und dies betrifft nicht zuletzt auch Länder der Europäischen Union. Eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich wünschen sich heute 59 Prozent der Deutschen, im Sommer 2003 waren es 80 Prozent. Der Wunsch einer engen Zusammenarbeit mit den USA ist in der gleichen Zeit von 70 auf 59 Prozent zurückgegangen, bei Großbritannien beträgt der Rückgang 22 Prozentpunkte, bei Russland 12, bei Japan 26, bei China 15 Prozentpunkte.<sup>10</sup> Es ist, als hätten die Deutschen vom Rest der Welt – einschließlich Europas – erst einmal genug.

### Grundsätzliches Vertrauen in Merkels Europapolitik

Vor diesem Hintergrund erscheint es verständlich, dass die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2007 bei der Bevölkerung nur auf mäßiges Interesse stieß. Im Mai/Juni 2007 stellte das Institut für Demoskopie Allensbach die Frage „Seit dem 1. Januar hat Deutschland für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Wussten Sie das, oder hören Sie das zum ersten Mal?“<sup>11</sup> 76 Prozent der Befragten sagten, sie wüssten, dass Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft inne hatte, 24 Prozent meinten, sie hörten das zum ersten Mal.<sup>12</sup> Dieses Ergebnis scheint auf den ersten Blick zu belegen, dass das Interesse am Thema Europäische Integration gewachsen ist, denn 1988, 1994 und 1999 wussten jeweils nur rund 60 Prozent von der deutschen Ratspräsidentschaft.<sup>12</sup> Doch man kann annehmen, dass diese Reaktion in erster Linie die Folge der außerordentlich intensiven Medienberichterstattung im Vorfeld des Brüsseler Gipfels war. Es gibt keine Hinweise darauf, dass der vergleichsweise hohe Kenntnisstand Ausdruck einer aktiven Informationssuche ist. Dementsprechend wenig engagiert fallen auch die Antworten auf Fragen nach dem Erfolg der deutschen Ratspräsidentschaft aus. Kurz vor dem Brüsseler Gipfel wurde gefragt: „Hat die deutsche Ratspräsidentschaft Ihrer Meinung nach die europäische Eini-

9 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 5067, Juni 1992, 7016, Januar 2002, 7099, Januar 2007.

10 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 7045, August 2003, 7099, Januar 2007.

11 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10005, Mai/Juni 2007.

12 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 5008, Juli/August 1988, 6000, August 1994, 6078, Juni 1999.

gung vorgebracht, oder würden Sie das nicht sagen?“ 23 Prozent antworteten, die Ratspräsidentschaft habe Europa vorgebracht, 40 Prozent widersprachen. Bemerkenswert und charakteristisch für viele Fragen zum Thema Europa ist der hohe Anteil von 37 Prozent, die sich in dieser Frage unentschieden äußern.<sup>13</sup> Er zeigt deutlich, wie wenig sich die Bevölkerung mit diesem Thema befasst. Bei anderen politischen Themen liegt der Anteil der „Unentschieden“-Antworten in der Regel bei unter 20 Prozent. Allerdings kann man annehmen, dass sich das Urteil in dieser Frage nach dem Durchbruch von Brüssel noch etwas ins Positive verschoben hat.

Grundsätzlich ist die Bevölkerung der Ansicht, dass die deutsche Europapolitik bei Bundeskanzlerin Merkel in guten Händen ist. Zu Beginn der Ratspräsidentschaft wurde die Frage gestellt „Glauben Sie, dass Angela Merkel als EU-Ratsvorsitzende eine gute oder keine gute Arbeit machen wird?“ Eine große Mehrheit derjenigen, die sich bei dieser Frage überhaupt eine Antwort zutrauten, äußerte sich zuversichtlich: 45 Prozent sagten, sie glaubten, dass Merkel „eine gute Arbeit“ machen werde, nur 8 Prozent widersprachen ausdrücklich, ein für Fragen, die die Europäische Union betreffen, bemerkenswert einhelliges Urteil, das sich auch in eine Reihe weiterer Umfrageergebnisse gut einfügt, die zeigen, dass die Deutschen mit der Außenpolitik der Großen Koalition – trotz des oben beschriebenen Unbehagens – alles in allem recht zufrieden sind.<sup>14</sup> Doch schon bei der Frage nach der Bedeutung des Ereignisses zeigte sich die Bevölkerung wieder gespalten. 36 Prozent sagten, es sei wichtig, dass Deutschland die Ratspräsidentschaft übernehme, eine relative Mehrheit von 42 Prozent hielt das für „nicht so wichtig“ oder gar „überhaupt nicht wichtig“. Diese Antworten unterscheiden sich praktisch nicht von denen, die vor der letzten EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 1999 gemessen worden waren. Die Bedeutung der Ereignisse wird nach wie vor als eher gering eingeschätzt.<sup>15</sup>

Wie wenig sich die Deutschen mit den europapolitischen Kernfragen beschäftigen, wird deutlich an den Antworten auf die Anfang des Jahres gestellte Frage „Worum sollte sich Deutschland während seiner Ratspräsidentschaft besonders kümmern?“ An erster Stelle der Nennungen stand mit 55 Prozent die Forderung nach dem Abbau von Bürokratie, wobei man annehmen muss, dass es sich bei dieser Antwort um eine beinahe reflexhafte Reaktion handelt. Es ist schwer auszumachen, wie viel tatsächlich empfundene Sorge sich hinter dieser über Jahrzehnte eingeübten Antwort noch verbirgt. Knapp dahinter folgten an zweiter und dritter Stelle mit den Wünschen, den Wirtschaftsstandort zu stärken und bei der Terrorbekämpfung enger zusammenzuarbeiten, allgemeine politische Forderungen, die nicht allein die Europäische Union betreffen. Dass es besonders wichtig sei, den von einer deutlichen Mehrheit der Deutschen abgelehnten Beitritt der Türkei zur EU zu verhindern, sagten 37 Prozent der Befragten. Dass die deutsche Ratspräsidentschaft darauf drängen sollte, die Europäische Verfassung doch noch zu verabschieden, fanden dagegen nur 19 Prozent vordringlich.

---

13 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10005, Mai/Juni 2007.

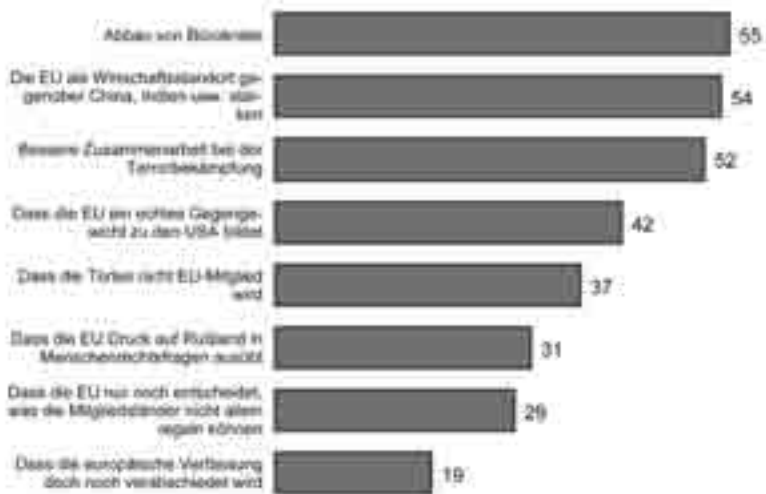
14 Elisabeth Noelle/Thomas Petersen: Ein Hauch von Isolationismus. Die Bevölkerung sieht der deutschen EU-Ratspräsidentschaft mit gebremster Zuversicht entgegen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. Januar 2007, S. 5.

15 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 6055, August/September 1998, 7099, Januar 2007.

Schaubild 2

## Die wichtigsten Themen für die Ratspräsidentschaft aus Sicht der Bevölkerung: Der Verfassungsvertrag erscheint eher nachrangig

Frage: „Was meinen Sie: Worum sollte sich Deutschland während seiner Ratspräsidentschaft besonders kümmern, was von der Liste würden Sie da vor allem nennen?“



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7099, Januar 2007

Dabei antworteten 60 Prozent derer, die von den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden vor zwei Jahren gehört hatten, auf die Frage „sollte man dennoch versuchen, in den nächsten Jahren zu einer gemeinsamen europäischen Verfassung zu kommen oder sollte man das nicht tun?“ mit „Das sollte man tun“. Die Bevölkerung hat durchaus eine Meinung zu den Themen, die die Europäische Union im Innern erschüttern, doch diese Themen haben für sie letztlich eine untergeordnete Bedeutung.<sup>16</sup>

### Das schwierige deutsch-polnische Verhältnis

Wenn sich die deutsche Bevölkerung, wie oben beschrieben, so wenig für Fragen der Europäischen Integration interessiert, warum haben dann die Verhandlungen in Brüssel eine so große Resonanz in den Medien und damit indirekt auch in der Öffentlichkeit erfahren? Es spricht einiges dafür, dass die Zuspitzung der Diskussion auf eine Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Polen einem vertrauten Wahrnehmungsmuster der deutschen Bevölkerung entsprach, das bis heute das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen belastet. Um die Dimension des Problems zu erkennen, lohnt es sich, sich die Entwicklungsgeschichte der Überwindung der deutsch-französischen Gegnerschaft nach dem Ende

<sup>16</sup> Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7099, Januar 2007.

des Zweiten Weltkriegs vor Augen zu halten. Als der französische Außenminister Robert Schuman im Mai 1950 vorschlug, die deutsche und französische Kohle- und Stahlindustrie einer gemeinsamen Behörde zu unterstellen, stieß er damit auf die Zustimmung der Bevölkerung in beiden Ländern. Im Juni 1950 fragte das Allensbacher Institut „Was meinen Sie nach dem, was Sie bisher darüber (nämlich den Schuman-Plan) gehört haben: Sollte der Plan von Westdeutschland angenommen oder abgelehnt werden?“ Von denen 77 Prozent der Westdeutschen, die schon einmal etwas vom Schuman-Plan gehört hatten, sagten 51 Prozent der Vorschlag solle angenommen werden, nur 17 Prozent waren dagegen.<sup>17</sup> In Frankreich überwog die Zustimmung im Verhältnis 2:1. 55 Prozent der Franzosen hatten im Oktober 1950 vom Schuman-Plan gehört. Auf die Frage des Gallup-Instituts „Sind Sie für oder gegen den Schuman-Plan?“ antworteten 25 Prozent „dafür“ und 13 Prozent „dagegen“.<sup>18</sup> Allerdings waren diese Reaktionen noch nicht Ausdruck gegenseitigen Vertrauens, sondern der Einsicht, dass beide Länder nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges gezwungen seien, in Zukunft enger als bisher zusammenzuarbeiten.

Doch wenige Jahre danach begann das Vertrauen der Deutschen in Frankreich auf bemerkenswerte Weise zuzunehmen. Auf die Frage „Glauben Sie, dass Frankreich jetzt den guten Willen zur Zusammenarbeit mit uns hat?“ antworteten im Juni 1953 12 Prozent mit „Ja“. In den folgenden Jahren stieg der Anteil derer, die an den guten Willen Frankreichs glaubten, steil an. Im Februar 1963, also wenig mehr als 10 Jahre später, sagten 41 Prozent der Befragten, sie glaubten, Frankreich habe den guten Willen zur Zusammenarbeit mit Westdeutschland. Dieser Anstieg vollzog sich, soweit sich das aus den Allensbacher Umfragen erkennen lässt, kontinuierlich, anscheinend unbeeindruckt von Rückschlägen bei der europäischen Einigung, wie etwa der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch die französische Nationalversammlung im August 1954. Der Aufbau eines solchen soliden Vertrauens in den früheren Kriegsgegner in so kurzer Zeit gehört vielleicht zu den größten politischen Leistungen des zwanzigsten Jahrhunderts.

Betrachtet man heute das deutsch-polnische Verhältnis, dann erkennt man, dass von einer vergleichbaren Entwicklung des Vertrauens keine Rede sein kann, Erkennbar wird dies an den Ergebnissen einer Ende 2006 gestellten Frage, bei der die Befragten in Deutschland gebeten wurden, anhand einer Skala, die von +5 bis -5 reichte, anzugeben, wie sympathisch ihnen Polen sei. In einer gleichzeitig stattfindenden Repräsentativbefragung in Polen wurde umgekehrt die Sympathie zu Deutschland erfragt. Die Deutschen stuften Polen auf der Sympathieskala durchschnittlich bei -0,11 ein, die Polen Deutschland mit durchschnittlich +0,2 nicht viel günstiger. Wie diese Werte eingeordnet werden müssen, zeigt der Vergleich zu den Ergebnissen einer Allensbacher Repräsentativumfrage vom April 2003, bei der mit dem gleichen Fragemodell die Sympathie der deutschen Bevölkerung gegenüber anderen europäischen Ländern erfragt wurde. Frankreich erhielt damals einen Durchschnittswert von 2,5, Österreich 2,4 und Italien 2,2. Lediglich Russland erhielt 2003 mit einem Durchschnittswert von 0,0 eine ähnlich ungünstige Beurteilung wie heute Polen.<sup>19</sup>

Besonders aufschlussreich ist es nun, dieses Ergebnis mit dem einer weiteren Frage zu kontrastieren, in der die Deutschen gebeten wurden einzuschätzen, was sie glauben, wie

---

17 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 031.

18 Gallup, George H. (Hrsg.): *The Gallup International Public Opinion Polls. France 1939, 1944-1975*, Vol. 1, New York 1976, S. 144.

19 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7041, März/April 2003.



sympathisch umgekehrt Deutschland den Polen sei. In Polen wurde eine entsprechende Frage über die vermutete Einschätzung des eigenen Landes durch die Deutschen gestellt.

Schaubild 3



Schaubild 3 zeigt, dass die bei dieser Frage ermittelten Durchschnittswerte niedriger liegen als die bei der jeweiligen Gegenseite tatsächlich ermittelten Sympathiewerte. Das bedeutet: Die Deutschen glauben, dass ihnen von der polnischen Bevölkerung noch weniger Sympathie entgegengebracht wird als dies tatsächlich der Fall ist, und umgekehrt vermuten die Polen, dass sie bei den Deutschen noch unbeliebter sind als sie es wirklich sind. Damit ist das deutsch polnische Verhältnis von einem Gefühl geprägt, von der jeweiligen Gegenseite abgelehnt, zurückgewiesen zu werden. Es lohnt sich darüber nachzudenken, ob hier eine der Quellen für das fortgesetzte Misstrauen zwischen Deutschen und Polen zu suchen ist, ob nicht das Gefühl, von der anderen Seite zurückgestoßen zu werden, eine Haltung der Abwehr erzeugt, die auf der Gegenseite wiederum aufmerksam registriert wird, so dass sich das gegenseitige Misstrauen auf diese Weise immer wieder erneuert.

### Auf der Suche nach der „Seele Europas“

Am Beispiel der schwierigen deutsch-polnischen Beziehungen läßt sich illustrieren, wie steinig der Weg zu einer weiteren Europäischen Integration ist, wie stark noch immer die traditionellen nationalen Vorurteile das Bild der Partnerländer prägen. Damit wird auch deutlich, dass eine Politik, die die Europäische Integration vorrangig als einen Verwal-

tungsakt oder ein Instrument globaler Machtpolitik versteht, ebenso scheitern wird wie Versuche, Europa zu definieren ohne dabei geographische Kriterien und die christliche Tradition der europäischen Kulturen und damit die Elemente zu berücksichtigen, aus denen sich ein nationenübergreifendes europäisches Identitätsgefühl noch am ehesten speist. Es hat den Anschein, als sei eben dieses Gefühl einer europäischen Identität, das die Grundlage einer langfristig erfolgreichen Integration wird sein müssen, in den letzten Jahren ein wenig verschüttet worden. Eine gewisse Sehnsucht nach der europäischen Einheit ist bei den Deutschen noch immer spürbar. 64 Prozent sagen, sie dächten bei dem Stichwort „Europa“ an „Zukunft“, 60 Prozent assoziieren mit Europa Fortschritt, 67 Prozent Frieden und 62 Prozent Freiheit,<sup>20</sup> doch die Erosion gegenüber früheren Jahren und Jahrzehnten ist unverkennbar.<sup>21</sup> „Wir müssen Europas Seele finden“ sagte Angela Merkel bei ihrer Rede zu Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft vor dem Europäischen Parlament in Straßburg.<sup>22</sup> Es spricht viel dafür, dass sie damit Recht hat, und dass es dafür langsam Zeit wird.

### Weiterführende Literatur

Göler, Daniel/Mathias Jopp: Kann Europa gelingen? Vorhaben und Chancen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, in: *integration* 30, No. 1, S. 3-24.

Merkel, Angela: Europas Zukunft gestalten, in: *Die politische Meinung* 52, März 2007, S. 31-37.

Noelle-Neumann, Elisabeth/Thomas Petersen: Die Bürger in Deutschland, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Europa-Handbuch*. Gütersloh 2002, S. 618-635.

Petersen, Thomas: Die öffentliche Meinung, in: Weidenfeld, Werner/Wolfgang Wessels: *Jahrbuch der Europäischen Integration 2006*. Baden-Baden: Nomos 2006, S. 305-310.

---

20 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 10005, Mai/Juni 2007.

21 Vgl. Petersen, Thomas: Öffentliche Meinung, in: Weidenfeld, Werner/Wolfgang Wessels: *Jahrbuch der Europäischen Integration 2006*, Baden-Baden 2006, S. 305-310, hier S. 308.

22 Merkel, Angela: Europas Zukunft gestalten, in: *Die politische Meinung* 52, März 2007, S. 31-37. Dort S. 32.



## **6. Die Europapolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union**

